

Die Halle monatlich bei postmündlicher Zustellung 1.00 Mark, vierteljährlich 2.80 Mark, durch die Post 2.50 Mark auswärts, Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungserzeichnis unter 'Zeitung-Zeitungen'. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion gestattet. Druck der Schriftleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133; des Verlags-Büros Leipzig Nr. 4609.

# Zeitung

Dreißigtausendfünftiger Jahrgang.

Nr. 155.

Halle, Mittwoch, den 2. April.

1919.

## Sturmzeichen!

### Aufforderung zum Streik in Berlin.

Berlin, 1. April. (Privattelegramm.) In einer großen Anzahl von Berliner Fabriksbetrieben haben gestern die revolutionären Betriebsräte zur Sicherung der Arbeit für kommenden Montag aufgerufen. Alle Arbeiter werden ersucht, sich am Montag nicht zu zeigen. Die Streikbewegung ist im Ruhrgebiet, wo die Generalstreikparole für den Dienstag kommenden Woche ausgeben worden.

### Generalkstreikparole in Spandau.

Berlin, 1. April. (Privat-Telegramm.) In den Spandauer Metallwerkstätten und Staatsbetrieben ist am Montagabend die Parole zum Generalstreik für den Dienstag kommenden Woche ausgeben worden.

### Warnung vor dem Generalstreik.

Berlin, 1. April. Die 'Volks-St.' warnt vor dem Generalstreik. Eine Konferenz der Vorstände der drei großen Bergarbeitervereine hat heute in einmündiger Beratung mit der Sache im Ruhrgebiet. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der unter anderem betont wird, daß die Bergarbeiterverbände, inwieweit sie sich an dem Generalstreik beteiligen, sich an dem Generalstreik zu beteiligen.

### Aus dem Bochumer Bezirk.

Die Vollstrecken können kein Essen verabfolgen.

Bochum, 1. April. (Drachnachricht.) Im hiesigen Bezirk hat die Streikbewegung an Ausdehnung gewonnen. Neu in den Streik getreten sind folgende Zechen: Friedrich der Große, von der Höhe, Julia und Alma. Infolge der Beschlüsse konnten die Vollstrecken im Bochum schon heute mittags kein Essen mehr verpacken. Wegen der Streik auf der Zeche Hibernia noch länger anhält, wird Bochum in den nächsten Tagen auch ohne elektrischen Licht und ohne elektrische Kraft sein, da das Elektrizitätswerk Weifen von der Hibernia mit Licht und Kraft versorgt wird.

### Abflauen des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier.

Keine Stimmung für den Generalstreik. Essen, 1. April. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hat die Streikaufrufung der Spatfabriken nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Unstübigen ist im Dortmund und Wittener Bezirk, wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hat. Im Oberhauser Bezirk ist nur die Zeche Lothberg ausständig. Auf den Zechen Generalst. Zeuziger Kasser und Hamborn wird liberal gearbeitet. In den Bezirken Alandorf, Norden und Hattingen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Viktor, im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Hercules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden, und ebenso arbeiten die Belegschaften der Zeche Langenbrunn und König Elisabeth. Im Recklinghauser Gebiet sind die Belegschaften der Zechen Augusta Viktoria und König Ludwig ausständig. Zu Rückstufenungen ist es nirgends gekommen.

Berlin, 1. April. Der 'Vorwärts' meldet über die Lage im Ruhrgebiet: In Bochum war der Generalstreik bis gegen Mittag nicht ausgebrochen. In Dortmund hat der Streik bisher keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den drei größten umfassen Schichtbetrieben wurden fünf Personen gefaßt, mehrere verhaftet. Aus Witten meldet, daß der Streik am Ende zugegangenen ist. Teilweise werde heute schon wieder gearbeitet. In der Umgebung wurde der Ausstand unverändert fort. Auf den Zechenanlagen im Herner Gebiet treiben 4000 Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterstadt große Erregung herrsche. In den Versammlungen hatten die radikalen Elemente die Vorherrschaft; die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

### Streifenkämpfe in Stuttgart.

Generalstreik in ganz Württemberg.

Stuttgart, 1. April. (Eigene Drachnachricht.) Heute mittags kam es hier bereits zu Straßenkämpfen. Gegen 11 Uhr formierte sich ein langer Zug der Arbeiter, um von der Regierung die Erfüllung ihrer Forderungen (Überhebung des Besatzungsquartiers, Freilassung der Inhaftierten und Abwahl des A. und S. Rates usw.) zu erzwingen. In der Kottlinger Straße stellte sich ihnen ein großes Aufgebot von Regierungstruppen mit Maschinengewehren und Panzerwagen entgegen und forderte die Demonstranten auf, sich zu zerstreuen. Die Demonstranten kamen jedoch dieser Aufforderung nicht nach, nahmen vielmehr eine drohende Haltung ein und wählten Miere, die Regierungstruppen entgegen. Die Regierungstruppen gaben erst mehrere Schüsse ab, die viele jedoch nicht die bestmögliche Wirkung hatten, wurde der Befehl zum Schießen erteilt. Es entpinn sich daraus ein kurzes Handgemachte, bei dem es viele Verletzte, und sowohl bisher festgesetzt werden konnte, drei Toten gab. Die Regierungstruppen trafen die Demonstranten auseinander, darauf folgte die Ordnung wiederhergestellt war. Aufgesehen dieser Vorgänge wächst in Stuttgart die Nervosität und die Unruhe der Bevölkerung von Stunde zu Stunde. Die Streikleitung in Stuttgart hat nunmehr auch den Generalstreik über ganz Württemberg proklamiert. Daraufhin hat die Führung der Württemberger Bürgerwehr beschlossen, den bürgerlichen Generalstreik auch auf ganz Württemberg auszudehnen. Die Lage wird dadurch von Stunde zu Stunde kritischer, zumal die Versorgung mit Gas und elektrischem Licht eingestellt ist. Die Radikalen haben bisher offen die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt, insoweit arbeiten sie aber unvorhersehbar und planmäßig auf den Sturz der württembergischen Regierung hin und hoffen, dabei die Reichsregierung zu erschüttern. Ueberhaupt ist nicht zu verkennen, daß von den Radikalen Württemberg als der Herd einer großen radikalen Bewegung gedacht ist, der sich über das ganze Reich erstrecken soll. Die Faltung der Reichsregierungsstellen ist noch nicht ganz geklärt. In einigen Betrieben haben sie sich gegen den Streik erklärt. Einige Gruppen geraten jedoch immer mehr unter radikalen Einfluß. Die Unabhängigen und Kommunisten handeln gemeinsam. Von den Zeitungen werden voraussichtlich nur das 'Deutsche Volk' und die 'Freien Arbeiter' 'Der Sozialist' und das Blatt der Unabhängigen 'Der Arbeiterwart' erscheinen. Die bürgerliche Presse hat ihr Erscheinen eingestellt.

### Die Opfer von Frankfurt.

WTB. Frankfurt a. M., 1. April. (Mitte.) Die getriebenen Unruhen erforderten, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 21 Tote, darunter sieben Plünderer. Von der Polizeiarmee fielen zwei Mann. Ein dritter wird vermisst. Die Marine belagert den Bezirk von zwei Toten und hat angedeutet sieben Schwerverletzte. Bei zwei wurden über 20 sehr schwerverletzte Plünderer der Kranenbauern festgestellt. In den frühen Morgenstunden wurde das große Lebensmittellager Büchse und Baumgarten von Plünderern heimgesucht, denen 200 Zentner Butter, 70 000 Eier und 100 Zentner Fett in die Hände fielen.

### Polizeiliche Maßnahmen in Frankfurt a. M.

Frankfurt, 1. April. Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten verfügte die Straßensperre ab 7 Uhr abends. Die Kinos, Theater und Kirchengänge müssen bereits um 6 Uhr schließen. Um den Verkauf gestohlenen Gütes zu verhindern, wird der Straßenhandel, der sonst häufig blühte, verboten. Bei Waffen trägt, wird als Plünderer betrachtet und bestraft. Die gefährdeten Gegenden wurden mit Handgranaten ausgerüsteten Polizeitruppen abgeperrt.

### Neue Ausschreitungen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. April. (Eigene Drachnachricht.) Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Vormittags wurden heute mittags um 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt ausbrachen. In der Alteschlagstraße verbrachte der Mob in Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzugreifen, um zu plündern. Die gesamten zur Verfügung stehenden Polizeikräfte rüdten sofort nach dort aus. Kämpfe fielen auch im Gange.

### Ungarische Gäste in Wien.

Wien, 1. April. (Eigene Drachnachricht.) Nach Meldungen der 'Mittepost' sind in Wien aus Budapest dreißig hochschulische Agitatoren eingetroffen. Staatssekretär Kerner, der im Parlament von Abgeordneten befragt wurde, erklärte, die hochschulischen Agitatoren seien als Gäste in der ungarischen Gesandtschaft in Wien abgesehen.

### Die Zustände in Budapest.

Wien, 1. April. (Privat-Telegramm.) Eine Budapest-Telegrammagentur an die 'Mittepost' berichtet von der dortigen hochschulischen Agitatoren. 100 politische Heranzugende Persönlichkeiten sind verhaftet worden, darunter der Lehrer, Franz Kopp, wurde in seine Wohnung verwiesen. Die kommunistischen Beschuldigten haben bereits von den Wächtern. Sie arbeiten mit dem Gelde auf dem freien Markt, haben aber ungenügend in Bezugsetzung auf ihren Widerstand.

### Große Beratung in Paris.

Paris, 1. April. Nach einer Genes-Meldung hatten Wilson, Lloyd George, Orlando, Clemenceau, Balfour, Bonin, Lansing und Vidua gestern nachmittag eine vierstündige Unterredung, an der während einiger Zeit auch Marshall Foch und die Generäle Wilson und Diaz teilnahmen.

### Die Rechtsbesessenen und der Krieg.

Von Heinrich Gerlach.

Unsere Studenten, die den Krieg mitgemacht haben, sind in eine außerordentlich große Notlage gekommen. Sie haben, selbst wenn sie ohne Beschädigung ihrer Gesundheit aus dem Felde zurückgekehrt sind, 4 1/2 Jahre verloren, haben entweder ihr Studium nicht beginnen können oder sehen sich vor die Zwangslage versetzt, ihre Studien wieder neu beginnen zu müssen. Eine Ehrenpflicht für den Staat ist es, hier zu helfen. Es kann nicht genügen, daß man die so oft gehörten Forderungen von untern selbigen Selben immer wieder fordert, denn damit stellt man die Unbilligkeit, um die es sich hier handelt, nicht ab. Unsere Studierenden verlangen direkte Hilfe, die man ihnen gewährt werden, damit ein Ausgleich für die verlorene Zeit in irgend einer Form geschaffen wird. Dies ist bis jetzt noch nicht in ausreichendem Maße geschehen. Man hat zwar seitens der Reichsregierung das Referendariat auf drei Jahre beschränkt. Allein man darf dabei nicht übersehen, daß das vierjährige Referendariat überhaupt nicht überall in Deutschland Rechtserziehung ist, da man sich in anderen Teilen des Reiches mit einer dreijährigen, praktischen Ausbildung begnügt. Bayern hat die Zwischensprüfung abgeschafft. Preußen hat ferner ein vereinfachtes Examen zugelassen ohne wissenschaftliche Arbeit mit vermehrten Klausuren. Allein das reicht noch nicht aus. Es muß auch die Studienzeit abgekürzt werden und es muß, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, die verlorene Zeit, die sie namentlich im Verhältnis zu den Nichtkriegsteilnehmern so unergiebiglich wiederholt, wieder einigermaßen einzubringen, das Gedächtnisvermögen mit intensiver Beschäftigung abgeändert werden.

Es kann nicht geleugnet werden, daß abgekürzte Studienzeit verminderte Ausbildung bedeutet, und daß dies ein Uebel ist, kann um so mehr bezweifelt werden, als die dreijährige Studienzeit schon vor dem Krieg nicht ausreichte, um eine erschöpfende Ausbildung unserer Rechtsstudierenden zu garantieren. Allein die Not der Zeit verlangt scharfe Mittel, und es gilt heute nur noch der Satz vom kleinsten Uebel. Das kleinere Uebel aber ist, daß die Tausende von Studierenden rasch zu dem Examen gebracht werden können, wenn auch ein Teil ihrer Vorbildung ihrem nachträglichen Selbststudium überlassen werden muß. Dafür spricht auch die Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer. Dafür spricht aber auch die Rücksicht auf die Gesamtheit, die es unter den heutigen Umständen einfach nicht ertragen kann, so viele Männer erst in so spätem Alter in selbständigen Stellungen einwirken zu lassen. Schon die Rücksicht auf die Verhinderung der Hechtlosigkeit, die Rückfall also auf eine gesunde Bevölkerungspolitik, sollten hier ausschlaggebend sein.

Das Uebel der verminderten Ausbildung kann aber auch gemildert werden, denn unsere Studierenden, die den Krieg mitgemacht haben, sind andere als die vor dem Kriege. Sie haben im Kriege doch unendlich viel von dem gelernt, was an Lebenserfahrung der Studierende auf der Universität lernen muß. Sie haben ferner zum großen Teil in Kommandobehörden gestanden, so daß sie von der Verwaltung und damit denn auch von deren Recht eine ganz andere lebendige Vorstellung haben, als diese wohl früher selbst die in den praktischen Vorbereitungsdienst eintretenden Referendare hatten. Endlich zwingt der Eintritt der Zeit zu einem Studium der Hochschule mit Befriedigung und Bewunderung beobachten kann. Was geschehen kann, um die verminderte Ausbildungszeit durch größere Intensivierung der Arbeit zu ersetzen, geschieht. Es werden an den Universitäten die Zwischenklausuren gehalten, die ja in Wahrheit für ein nichts von den wirtlichen Semestern unterbreiten. Und viele Hochschullehrer haben in richtige Erkenntnis der notwendigen Notlage fürs erste auf wissenschaftliche Betätigung verzichtet müssen, um zunächst die bringende Aufgabe zu erfüllen, die Ausbildung der Kriegsteilnehmer.

Einen Ausweg sich für verlorene Zeit soll die Verkürzung des Studiums bedeuten, nicht eine Bekämpfung der kriegerischen Leistungen. Und inwiefern soll diese Verkürzung allein dem eingewirrt werden, die durch Erfüllung hundert Pflichten im Kriege an ihrem Studium verheißend worden sind. Die Verkürzung muß als einseitig betrachtet werden, sowohl den eigentlichen Kriegsteilnehmern als auch denen, die im Zivilstand oder in der Heimat sonst beschäftigt waren. Ueber die Einzelheiten mag man verschiedener Ansicht sein. Das Prinzip selber sollte aber so rasch wie möglich in die Wirklichkeit übergeführt werden. Einen sehr hochwertigen Vorschlag haben in einer Denkschrift die Rechtsstudierenden der Jenseits Universität verfaßt, indem









